



Für das Empowerment von SexarbeiterInnen

SexarbeiterInnen erleben im Kontext der Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit Gewalt, Diskriminierung und Stigmatisierung. In ihrem Bemühen, Empowerment von SexarbeiterInnen zu fördern, haben die INDOORS Partner kontinuierlich Aktivitäten auf der Grundlage der Menschenrechte umgesetzt. Das Projekt appelliert daher an europäische und nationale AkteurInnen, Regierungen, Behörden und Institutionen die folgenden fünf Aspekte zur Stärkung von SexarbeiterInnen zu berücksichtigen.

Entkriminalisierung von Sexarbeit

- Kriminalisierung und staatliche Repression von Sexarbeit, SexarbeiterInnen, Kunden und Dritten schaffen Bedingungen, die häufig unsichere Arbeitsverhältnisse, Vulnerabilität und Menschenrechtsverletzungen zur Folge haben. Dies wiederum führt dazu, dass SexarbeiterInnen und besonders MigrantInnen in der Sexarbeit der Zugang zu Rechten und Gerechtigkeit erschwert wird.
- Entkriminalisierung ist von grundlegender Bedeutung für eine menschenrechtsbasierte Einstellung zu Sexarbeit. Alle

Gesetze und Verordnungen, die sich negativ auf die Gesundheit, die Sicherheit sowie die Arbeits- und Lebensbedingungen von SexarbeiterInnen auswirken, sollten aufgehoben werden.

- Gesetze, die weitreichende Auswirkungen auf verschiedene Aspekte der Sexarbeit haben bzw. diese kriminalisieren, wie z.B. Registrierungspflicht, verpflichtende sexualgesundheitliche Untersuchungen, Kriminalisierung von Kunden, Verbotszonen, missbräuchliche Strafverfolgungspraktiken, Verbot von Werbung, Zuhältergesetze sowie Gesetze über die öffentliche Ordnung sollten unter folgenden Aspekten überprüft werden: verletzen sie grundlegende Verfassungsrechte? Erhöhen sie die Vulnerabilität der SexarbeiterInnen? Drängen sie SexarbeiterInnen in die Illegalität? Werden SexarbeiterInnen Gewalt ausgesetzt?
- Der Gebrauch von Kondomen als Beweis für die Ausübung von Prostitution ist eine Praxis, deren Fortsetzung nicht zugelassen werden darf, da diese die Rechte von SexarbeiterInnen auf Gesundheit und Leben verletzt und ihre Verwundbarkeit im Hinblick auf HIV / STI-Infektion erhöht. Kondome sollten nur Mittel für Prävention und Arbeit sein, nicht Mittel zur Bestrafung.
- SexarbeiterInnen sollten das Recht haben, ihre Kunden und ihre Arbeitsbedingungen frei zu wählen. Sie sollten die gleichen Rechte wie alle anderen Erwerbstätigen genießen, die gleichen Arbeitsrechte und das Rechte auf Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz.

Gleicher Rechtsschutz und Zugang zu Gerechtigkeit für alle SexarbeiterInnen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus

- SexarbeiterInnen werden oft von PolizeibeamtInnen, MitarbeiterInnen verschiedener Behörden, religiöser Gruppen und auch von Menschen, die sich als Kunden ausgeben (um nur einige zu nennen) gezielt angegriffen. Diese Gewalt gegen SexarbeiterInnen kann physisch, psychisch, ökonomisch oder verbal sein und bleibt oft ungestraft. Wegen der Kriminalisierung von Sexarbeit und/oder von SexarbeiterInnen und der repressiven rechtlichen Rahmenbedingungen, ignoriert die Polizei häufig Gewalttaten gegen SexarbeiterInnen und verhindert dadurch die Ausübung des Justizgewährungsanspruchs, auch in Fällen extremen Missbrauchs.
- Aufgrund von struktureller und institutioneller Gewalt durch staatliche Interventionen sind SexarbeiterInnen regelmäßig Gewalt bei Festnahmen, Zwangsinhaftierungen und Abschiebungen (undokumentierte MigrantInnen) ausgesetzt, oft im Namen der öffentlichen Ordnung und/oder Anti-Prostitutions- bzw. Anti-Migrationsmaßnahmen.
- SexarbeiterInnen sollten durch Gesetze auf Grundlage der Menschenrechte vor Diskriminierung, Rechtsverletzungen und jeder Form von Gewalt geschützt werden.
- Einwanderungsgesetze und restriktive Migrationspolitik sollten nicht dazu benutzt werden, um Sexarbeit einzuschränken und/oder SexarbeiterInnen zu kontrollieren. Daher ist es notwendig, ungerechten Praktiken ein

Ende zu setzen, die zur Verhaftung und Abschiebung von in der Sexarbeit tätigen MigrantInnen führen – einschließlich solcher, die den Schutz der Opfer von Menschenhandel als Ziel angeben. Die Rechte von SexarbeiterInnen dürfen nicht im Namen der Bekämpfung von Menschenhandel behindert werden.

■ Wichtig ist, dass SexarbeiterInnen effektiven Zugang zu ihren Rechten und zu Gerechtigkeit haben, unabhängig von ihrer Nationalität, ihrem Aufenthaltsort oder der Rechtmäßigkeit ihrer Arbeit.

Beseitigung von Stigma und Diskriminierung

■ Stigmatisierung und Diskriminierung schränken SexarbeiterInnen in ihren Menschenrechten ein, fördern ihre soziale Ausgrenzung und erhöhen ihre Anfälligkeit für Gewalt, Missbrauch und HIV/STI-Infektion. Dies resultiert aus verschiedenen sozialen Prozessen, die mit den rechtlichen Rahmenbedingungen und der Kriminalisierung von marginalisierten Gruppen in Verbindung stehen. Drogenabhängige, migrantische und /oder LGBTI SexarbeiterInnen werden mehrfach stigmatisiert und diskriminiert.

■ Diskriminierung aus unterschiedlichen Gründen, einschließlich des Gesundheitszustandes, ist eine Verletzung der Menschenrechte. Solange es keine (internationalen) Gesetze gegen Stigmatisierung gibt, wirkt sich dies negativ auf SexarbeiterInnen aus.

■ SexarbeiterInnen erleben oft ein unverhältnismäßig hohes Maß an Gewalt als Folge der Stigmatisierung und Diskriminierung – einschließlich polizeilichen Missbrauchs, sexueller Übergriffe, Vergewaltigung, Belästigung, Raub und Erpressung – durch Menschen, die sich als Kunden ausgeben, Dritte, Lebensgefährten, NachbarInnen und Behörden. Zusätzlich wird die Situation noch erschwert durch ungünstige rechtliche Rahmenbedingungen, die Sexarbeit und SexarbeiterInnen kriminalisieren.

■ Stigmatisierung und Diskriminierung erschweren darüber hinaus den Zugang zu Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen und

zu Gerechtigkeit. Rechtliche und politische Reformen sind von grundlegender Bedeutung für die Beseitigung dieser Folgen. Regierungen sollten gleichen Zugang zu Rechten sowie an die Zielgruppe angepasste, hochwertige Dienstleistungen für SexarbeiterInnen befürworten. Darüber hinaus sollten Regierungen an der Umsetzung und Durchsetzung von Antidiskriminierungsgesetzen und an – von Menschenrechtsstandards abgeleiteten – Schutzvorschriften arbeiten, um Stigmatisierung, Diskriminierung und Gewalt gegen SexarbeiterInnen zu unterbinden.

Die Kontinuität von niederschweligen, nicht wertenden, anonymen und kostenlosen Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen garantieren

■ Aufgrund von Kriminalisierung, Stigmatisierung und Diskriminierung stoßen SexarbeiterInnen häufig auf Hindernisse beim Zugang zu Gesundheits- und Sozialdienstleistungen. Beratungs- und Unterstützungsangebote für SexarbeiterInnen, die auch die Einhaltung und Umsetzung der Menschenrechte zum Ziel haben, sind sowohl finanziell als auch institutionell zu fördern. Zur Gewährleistung einer ausreichenden Versorgung von SexarbeiterInnen ist es erforderlich, dass solche Angebote dauerhaft finanziert werden, ausreichend vorhanden sind und ihre Dienstleistungen und Projekte in mehreren Sprachen anbieten.

■ Dienstleister sollen einen nicht-diskriminierenden Umgang, einen effizienten Zugang sowie qualitativ hochwertige Dienste für SexarbeiterInnen garantieren. SexarbeiterInnen haben die gleichen Rechte wie jeder andere Mensch, einschließlich des Rechts auf nicht Nichtdiskriminierung und Vertraulichkeit beim Zugang zu HIV/STI-Betreuung, Behandlung, Informationen und Dienstleistungen. Zwangsuntersuchungen sollten abgeschafft werden, da diese SexarbeiterInnen stigmatisieren und ihr Recht auf Gesundheit verletzen.

Beteiligung und Einbeziehung von SexarbeiterInnen in die Entwicklung von Aktionen und Programmen

■ SexarbeiterInnen sollten in allen Fragen, die sie betreffen, als ExpertInnen betrachtet und daher in alle politischen Entscheidungsprozesse – einschließlich aller öffentlichen Diskussionen – einbezogen werden.

■ Die bürgerliche Gesellschaft sollte die Beteiligung von SexarbeiterInnen bei der Konzipierung, Durchführung und Bewertung von Dienstleistungen ermöglichen.



Das Hauptziel des Projekts INDOORS ist die Stärkung von SexarbeiterInnen die *indoors*, d.h. in Wohnungen, Bordellen, Massagesalons, Schaufenstern, Bars, Clubs, Saunen, anderen Privaträumen und über das Internet arbeiten.

www.indoors-project.eu



Verschiedene Berufe. Gleiche Rechte.

INDOORS Partner

BULGARIEN

Hesed
www.hesed.bg

DEUTSCHLAND

ragazza
www.ragazza-hamburg.de

FINNLAND

Pro-tukipiste
www.pro-tukipiste.fi

FRANKREICH

Autres Regards
www.autresregards.org

ITALIEN

Le Grazie | CDCP Genova
www.lucciole.org

NEIDERLANDEN

Tampep International Foundation
www.tampep.eu

ÖSTERREICH

Lefö
www.lefoe.at

PORTUGAL

Apdes
www.apdes.pt

SPANIEN

Hetaira
www.colectivohetaira.org